

# **Verordnung zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (V EG ZGB)**

Vom 27. September 2017

---

*Der Regierungsrat des Kantons Aargau,*

gestützt auf Art. 52 des Schlusstitels des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs<sup>1)</sup>, § 91 Abs. 2 der Kantonsverfassung, § 13 Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz) vom 26. März 1985<sup>2)</sup>, § 50 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007<sup>3)</sup> und § 2 des Dekrets über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977<sup>4)</sup>,

*beschliesst:*

## **I.**

### **1. Personenrecht**

§ 1 Namensänderung (§ 5 Abs.1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch [EG ZGB] vom 27. Juni 2017<sup>5)</sup>)

<sup>1</sup> Das Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) entscheidet über Namensänderungsgesuche.

---

<sup>1)</sup> SR [210](#)

<sup>2)</sup> SAR [153.100](#)

<sup>3)</sup> SAR [271.200](#)

<sup>4)</sup> SAR [661.110](#)

<sup>5)</sup> SAR [210.300](#)

**§ 2** Zivilstandswesen (§ 9 EG ZGB)

a) Aufsicht

<sup>1</sup> Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen ist das DVI (Art. 84 Abs. 2 der Zivilstandsverordnung [ZStV] vom 28. April 2004 <sup>1)</sup>).

<sup>2</sup> Das DVI kann für die Zivilstandsämter verbindliche Weisungen erlassen, soweit das Bundesrecht und das kantonale Recht keine abschliessende Regelung vorsehen.

**§ 3** b) Amtsräume

<sup>1</sup> Der Gemeinderat am Sitz des Zivilstandsamts bezeichnet mindestens einen Amtsraum, der für die Durchführung von Trauungen und die Begründung eingetragener Partnerschaften kostenfrei zur Verfügung steht.

<sup>2</sup> Im Rahmen des Gemeindevertrags gemäss § 8 Abs. 2 EG ZGB kann geregelt werden, dass die Vertragsgemeinden andere Lokale für die Durchführung von Trauungen und die Begründung eingetragener Partnerschaften bezeichnen dürfen.

<sup>3</sup> Zur Benutzung dieser anderen Lokale sind Vereinbarungen abzuschliessen und dem DVI zur Genehmigung zu unterbreiten.

<sup>4</sup> Ohne anders lautende Regelung im Gemeindevertrag ist der Gemeinderat für die Bezeichnung der anderen Lokale in seiner Gemeinde für die Durchführung von Trauungen und die Begründung eingetragener Partnerschaften und für den Abschluss der Vereinbarungen zu deren Benutzung zuständig.

**§ 4** c) Zeiten für die Durchführung von Trauungen und für die Begründung eingetragener Partnerschaften

<sup>1</sup> Der Gemeinderat am Sitz des Zivilstandsamts legt in Ermangelung einer Regelung im Gemeindevertrag für alle Amtsräume und anderen Lokale die Zeiten für die Durchführung von Trauungen und die Begründung eingetragener Partnerschaften fest.

**§ 5** d) Personal

<sup>1</sup> Der Gemeinderat am Sitz des jeweiligen Zivilstandsamts informiert das DVI über das Personal des Zivilstandsamts vor der Anstellung, unter Angabe der Personalien, der Ausbildung, der Funktion und des Pensums.

**§ 6** e) Kosten der Aus- und Weiterbildung

<sup>1</sup> Der Kanton belastet den Zivilstandsämtern die Kosten der Aus- und Weiterbildung des Personals der Zivilstandsämter im Verhältnis der Anzahl der Teilnehmenden.

---

<sup>1)</sup> SR [211.112.2](#)

**§ 7 f) Todesmeldungen**

<sup>1</sup> Meldepflichtige gemäss Art. 34a Abs. 1 lit. b ZStV können den Tod durch Vermittlung einer Amtsstelle der Wohngemeinde der verstorbenen Person melden.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat bezeichnet die Amtsstelle für die Entgegennahme und Weiterleitung der Todesmeldungen. Er gibt dem zuständigen Zivilstandsamt die Amtsstelle und die verantwortlichen Personen bekannt.

<sup>3</sup> Die Amtsstelle stellt dem zuständigen Zivilstandsamt unverzüglich das Original der von der meldepflichtigen Person unterschriebenen Meldung unter Beilage der ärztlichen Todesbescheinigung und der zusätzlich eingereichten Dokumente zu.

**§ 8 g) Aufnahme in das Personenstandsregister**

<sup>1</sup> Das Zivilstandsamt nimmt ausländische Personen vor dem Einbürgerungsverfahren in das Personenstandsregister auf.

**§ 9 h) Kennzeichnung des Bürgerrechts**

<sup>1</sup> Personen mit Gemeinde- und Ortsbürgerrecht sind im Personenstandsregister gesondert zu kennzeichnen.

<sup>2</sup> Bei Gemeinden ohne Ortsbürgergemeinde entfällt die Kennzeichnung.

**§ 10 i) Belege**

<sup>1</sup> Die Belege zu den Geschäftsfällen sind nach den Geschäftsfallnummern abzulegen (Art. 31 ZStV).

**§ 11 j) Findelkinder**

<sup>1</sup> Bei Findelkindern ist der Gemeindeammann zuständig für die Entgegennahme der Nachricht, die Namensgebung und die Meldung an das Zivilstandsamt (Art. 38 ZStV).

**§ 12 k) Amtliche Mitteilungen**

<sup>1</sup> Gerichtsurteile sowie vor Gericht erfolgte und testamentarische Kindesanerkennungen (Art. 40 und Art. 42 Abs. 1 lit. b und c ZStV) sind mit Rechtskraftvermerk dem Zivilstandsamt mitzuteilen, in dessen Kreis das erstinstanzliche Gericht liegt.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat teilt Beschlüsse über Erwerb und Verlust des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts sowie des Ortsbürgerrechts mit Rechtskraftvermerk dem Zivilstandsamt seines Zivilstandskreises mit.

**§ 13** 1) Veröffentlichung von Zivilstandsfällen

<sup>1</sup> Die Gemeinden können mit schriftlicher Zustimmung der Betroffenen beziehungsweise der Hinterbliebenen Geburten, Todesfälle, Trauungen und Eintragungen von Partnerschaften ihrer Einwohnerinnen und Einwohner veröffentlichen.

## **2. Familienrecht**

**§ 14** Adoption (§ 14 Abs. 1 und 2 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das DVI ist die zuständige Behörde.

<sup>2</sup> Abklärungen im Zusammenhang mit der Adoptionspflege, der Adoption und der Suche nach leiblichen Angehörigen sind von Sachverständigen in Sozialarbeit oder Psychologie mit Berufserfahrung im Kinderschutz- oder Adoptionswesen durchzuführen.

**§ 15** Pflegekinderwesen und Dienstleistungsangebote in der Familienpflege (§18 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) ist in den Bereichen gemäss § 18 Abs. 1 EG ZGB zuständig.

<sup>2</sup> Es ist zuständig für die Beurteilung von Beschwerden gegen Entscheide des Gemeinderats gestützt auf § 18 Abs. 2 lit. a EG ZGB.

<sup>3</sup> Das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) ist zuständig für die Beurteilung von Beschwerden gegen Entscheide des Gemeinderats gestützt auf § 18 Abs. 2 lit. b und c EG ZGB.

**§ 16** Internationale Kindesentführung und internationaler Kindes- und Erwachsenenschutz (§ 20 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das DVI ist zentrale Behörde sowie Vollstreckungsbehörde.

## **3. Sachenrecht**

**§ 17** Betreten von Wald und Weide (§ 77 Abs. 1 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) erlässt Verbote betreffend den Wald.

<sup>2</sup> Das Departement Finanzen und Ressourcen (DFR) erlässt Verbote betreffend Weiden.

**§ 18** Stockwerkeigentum

<sup>1</sup> Die Aargauische Gebäudeversicherung erteilt die amtliche Bestätigung, dass die im Stockwerkeigentum zu Sonderrecht ausersehenen Räumlichkeiten in sich geschlossene Raumeinheiten mit eigenem Zugang sind (Art. 68 Abs. 2 und Art. 69 Abs. 3 der eidgenössischen Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 <sup>1)</sup>).

**§ 19** Stockwerkeigentumsähnliche dingliche Rechtsverhältnisse

<sup>1</sup> Stockwerkeigentumsähnliche dingliche Rechtsverhältnisse, die in der Form des am 1. Januar 1912 in Kraft getretenen Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907 <sup>2)</sup> begründet worden sind, bleiben unverändert nach diesen Bestimmungen bestehen. Die Beteiligten können das Stockwerkeigentum auch den Formen des am 1. Januar 1965 geltenden Rechts unterstellen (Art. 20<sup>ter</sup> des Schlusstitels des Zivilgesetzbuchs).

**§ 20** Naturkörper und Altertümer (§ 80 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das Departement BVU ist zuständig für Naturkörper.

<sup>2</sup> Das Departement BKS ist zuständig für Altertümer.

**§ 21** Pfandleihgewerbe (§ 84 EG ZGB)

## a) Persönliche Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die Person, die das Pfandleihgewerbe betreiben will, muss folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) sie darf in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Gesuchs nicht wegen Straftaten gegen das Vermögen verurteilt worden sein,
- b) es dürfen gegen sie keine Verlustscheine vorliegen.

<sup>2</sup> Handelsgesellschaften und anderen juristischen Personen, die im Handelsregister eingetragen sind, wird die Bewilligung erteilt, wenn alle Mitglieder der Geschäftsleitung oder der geschäftsführenden Organe beziehungsweise die geschäftsführenden Gesellschafter die Voraussetzungen gemäss Absatz 1 erfüllen.

---

<sup>1)</sup> [SR 211.432.1](#)

<sup>2)</sup> [SR 210](#)

**§ 22** b) Weitere Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die Person, die das Pfandleihgewerbe betreiben will, muss den Nachweis erbringen, dass

- a) die hinterlegten Pfandgegenstände zum Verkehrswert gegen Diebstahl, Elementarschäden sowie Vandalismus versichert sind,
- b) sie für die Dauer der Bewilligung über eine für die Art und das Ausmass des Betriebs ausreichende Betriebshaftpflichtversicherung verfügt, die auch die sorgfältige Aufbewahrung der Pfandgegenstände umfasst,
- c) ihr Betrieb im Handelsregister eingetragen ist.

**§ 23** c) Bewilligungserteilung

<sup>1</sup> Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) erteilt die Bewilligung in der Regel befristet auf fünf Jahre. Sie kann frühestens ein Jahr vor Fristablauf neu erteilt werden.

**§ 24** d) Buchführungspflicht

<sup>1</sup> Neben den üblichen Geschäftsbüchern führt die Pfandleiherin oder der Pfandleiher ein Pfandleihbuch, das über jeden Versatzpfandvertrag mindestens folgende Einträge enthält:

- a) Datum des schriftlichen Versatzpfandvertrags,
- b) Name und Adresse der verpfändenden Person,
- c) Darlehensbetrag,
- d) Fälligkeit des Darlehens,
- e) Zinssatz,
- f) Angaben zu besonderen Kosten der Aufbewahrung,
- g) Beschreibung des Pfandgegenstands zu dessen Identifizierung,
- h) Nummer des Versatzscheins,
- i) genauer Ort der Aufbewahrung.

**§ 25** e) Minimale Darlehensdauer

<sup>1</sup> Das Darlehen darf nicht früher als drei Monate nach seiner Aushändigung zurückgefordert werden.

**§ 26** f) Höchstzinssatz; besondere Kosten

<sup>1</sup> Der für die Darlehensgewährung zu entrichtende Jahreszins darf höchstens 12 % betragen. Besondere Kosten für die Aufbewahrung dürfen separat verrechnet werden; sie müssen im Versatzpfandvertrag detailliert und betragsmässig aufgeführt sein.

**§ 27 g) Amtlicher Verkauf**

<sup>1</sup> Das Betreibungsamt am Sitz des Pfandleihbetriebs vollzieht den amtlichen Verkauf.

<sup>2</sup> Die vorgängige öffentliche Aufforderung wird im Amtsblatt veröffentlicht; vorab ist die verpfändende Person zu orientieren.

**§ 28 h) Aufsicht**

<sup>1</sup> Das AWA übt die Aufsicht über das Pfandleihgewerbe aus. Es kann zur Erfüllung seiner Aufgabe Dritte beiziehen.

<sup>2</sup> Die Person, die das Pfandleihgewerbe ausübt, hat dem AWA auf Verlangen Auskunft über die bewilligungspflichtige Tätigkeit zu erteilen, Einsicht in die Bücher und übrigen Geschäftsunterlagen sowie Zugang zu den Geschäftsräumlichkeiten zu gewähren.

**§ 29 i) Gebühren**

<sup>1</sup> Das AWA erhebt für die Behandlung der Gesuche um Bewilligung und für die Aufsicht über bewilligte Pfandleihgewerbe eine nach dem Zeitaufwand bemessene Gebühr. Der Stundenansatz beträgt Fr. 150.–.

<sup>2</sup> Das zuständige Betreibungsamt erhebt für die Durchführung des amtlichen Verkaufs Gebühren gemäss der Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GebV SchKG) vom 23. September 1996 <sup>1)</sup>.

## 4. Obligationenrecht

**§ 30 Miet- und Pachtrecht****a) Hinterlegung des Miet- und Pachtzinses**

<sup>1</sup> Die Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht am Ort der gelegenen Sache ist Hinterlegungsstelle für den Miet- oder Pachtzins gemäss den Art. 259g und 288 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 <sup>2)</sup>.

**§ 31 b) Formulare**

<sup>1</sup> Das DVI ist zuständig für die Genehmigung der Formulare für die Kündigung sowie für die Mitteilung von Mietzinserhöhungen und anderen einseitigen Vertragsänderungen.

---

<sup>1)</sup> SR [281.35](#)

<sup>2)</sup> SR [220](#)

**§ 32** c) Berichterstattung und richterliche Urteile

<sup>1</sup> Die Schlichtungsbehörden stellen dem Generalsekretariat Justiz die in Art. 23 Abs. 1 Satz 2 der bundesrätlichen Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) vom 9. Mai 1990 <sup>1)</sup> geforderten Informationen zur Verfügung.

<sup>2</sup> Die Bezirksgerichtspräsidentinnen und Bezirksgerichtspräsidenten und das Obergericht stellen der Justizleitung zwei Doppel ihrer Urteile über angefochtene Mietzinse und andere Forderungen der Vermieter zu.

<sup>3</sup> Die Justizleitung erstellt einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden des Kantons und leitet diesen sowie ein Doppel der Urteile gemäss Absatz 2 an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement weiter.

**§ 33** d) Bekanntgabe der Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden

<sup>1</sup> Das DVI publiziert im Amtsblatt jeweils nach den Gesamterneuerungen die Zusammensetzung aller Schlichtungsbehörden des Kantons sowie die Entlassungen und Ersatzwahlen im Laufe einer Amtsperiode.

**§ 34** Ehe- und Partnerschaftsvermittlung (§ 95 EG ZGB)

a) Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Das Amt für Migration und Integration Kanton Aargau (MIKA) ist zuständig für die Erteilung, Erneuerung, Entziehung und Aufhebung der Bewilligungen für die berufsmässige Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung von oder an Personen aus dem Ausland. Es beaufsichtigt die betreffenden, im Kanton ansässigen Vermittlungsstellen.

<sup>2</sup> Es kann die zur Abklärung des Sachverhalts erforderlichen polizeilichen Ermittlungen veranlassen.

<sup>3</sup> Es ist für die Bestimmung, Entgegennahme, nachträgliche Anpassung, Freigabe, Aufstockung und Herausgabe der Kaution zuständig.

**§ 35** b) Gebühren

<sup>1</sup> Das MIKA erhebt folgende Gebühren:

- |    |   |                           |
|----|---|---------------------------|
| a) | Bearbeitung eines Bewilligungsgesuchs,<br>je nach Aufwand | Fr. 700.– bis Fr. 1'000.– |
| b) | Erneuerung und Aufhebung der Bewilligung                  | Fr. 400.–                 |
| c) | Änderungen und Mutationen                                 | Fr. 65.–                  |
| d) | Verwarnungen  | Fr. 400.–                 |
| e) | Entzug der Bewilligung                                    | Fr. 600.–                 |

<sup>2</sup> Besondere Aufwendungen werden zusätzlich verrechnet.

---

<sup>1)</sup> SR [221.213.11](#)

**§ 36** Handelsregisteramt (§103 EG ZGB)

<sup>1</sup> Das DVI beaufsichtigt das Handelsregisteramt.

**§ 37** Kantonale Depositenstelle

<sup>1</sup> Kantonale Depositenstelle gemäss den Titeln 24–33 des Obligationenrechts sind die Aargauische Kantonalbank und diejenigen Geldinstitute, die auf ihr Gesuch hin vom Regierungsrat zur Entgegennahme solcher Depositen ermächtigt sind.

<sup>2</sup> Die Geldinstitute, die diese Ermächtigung erhalten, sind im Amtsblatt zu publizieren.

## **5. Schlussbestimmung**

**§ 38** Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bund am 1. Januar 2018 in Kraft.

## **II.**

### **1.**

Der Erlass SAR [153.113](#) (Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrats [Delegationsverordnung, DelV] vom 10. April 2013) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

**§ 1 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Departement Volkswirtschaft und Inneres ist zuständig für

e) *Aufgehoben.*

**§ 2 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Departement Bildung, Kultur und Sport ist zuständig für

g) *Aufgehoben.*

**§ 11 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Departement Bildung, Kultur und Sport ist zuständig für

b) *Aufgehoben.*

**§ 12 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Departement Gesundheit und Soziales ist zuständig für

c) *Aufgehoben.*

**2.**

Der Erlass SAR [165.133](#) (Verordnung zum Einreihungsplan [VEP] vom 8. Juni 2011) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**§ 1 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Einreihung der Stellen in Lohnstufen erfolgt gemäss nachstehendem Einreihungsplan:

e) Justizfunktionen

2. **(geändert)** Bezirksgerichtspräsident(in) Lohnstufe 19-19

**3.**

Der Erlass SAR [210.125](#) (Verordnung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht [V KESR] vom 30. Mai 2012) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 91 Abs. 2 der Kantonsverfassung und die §§ 30 Abs. 4, 32 Abs. 4, 33 Abs. 4, 43 Abs. 3 und 4 sowie 61 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>1)</sup>, beschliesst:

**§ 2a (neu)**

**Zusammenarbeit mit Behörden, Stellen und Drittpersonen**

<sup>1</sup> Unter der Leitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde findet ein Austausch zwischen allen an einem konkreten Fall beteiligten Behörden, Stellen und Drittpersonen (§ 30 EG ZGB) statt, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben aller Beteiligten und zum Schutz der betroffenen Person erforderlich ist.

<sup>2</sup> Für den Austausch und zur Sicherstellung der Zusammenarbeit kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde alle im konkreten Fall beteiligten Behörden, Stellen und Drittpersonen zu Fallkonferenzen einladen. Sie bestimmt die Behörden, Stellen und Drittpersonen, die an einer Fallkonferenz teilnehmen.

---

<sup>1)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>3</sup> Berufsbeiständinnen und -beistände, Abklärungspersonen der Gemeinden sowie weitere Fachbehörden können bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die Einberufung einer Fallkonferenz beantragen.

**§ 3 Abs. 1<sup>bis</sup> (neu), Abs. 1<sup>ter</sup> (neu)**

<sup>1bis</sup> Der Amts- oder Sozialbericht kann auf Anweisung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde dieser oder einem ihrer Mitglieder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

<sup>1ter</sup> Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kann den Sachverhalt auch mit elektronischen Hilfsmitteln (Telefon, E-Mail usw.) abklären beziehungsweise abklären lassen, soweit die Datensicherheit gewährleistet ist. Das Ergebnis dieser Abklärungen ist in schriftlicher Form festzuhalten und den Akten in geeigneter Form beizufügen.

**§ 6 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Gemeinde ist gemäss § 33 Abs. 1 EG ZGB in ihren Interessen wesentlich berührt, wenn der Entscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine direkte, mindestens vorläufige finanzielle Leistungspflicht der unterstützungspflichtigen Gemeinde bewirkt.

**§ 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Gemeinde trägt die Entschädigung sowie den Spesen- und Auslagenersatz, wenn das Vermögen gemäss § 43 Abs. 4 EG ZGB im Zeitpunkt der Rechnungsablage und unter Berücksichtigung der Belastung der Entschädigung den Betrag von Fr. 15'000.– unterschreitet.

<sup>2</sup> Die Gemeinden können für den Fall, dass eine Berufsbeiständin oder ein Berufsbeistand bestellt ist (§ 42 Abs. 1 EG ZGB), diese oder diesen selbst besolden und die von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde festgelegte Entschädigung sowie den Spesen- und Auslagenersatz aus dem Vermögen der verbeiständeten Person für die Gemeinde vereinnahmen.

**Titel nach § 17 (neu)**

*<sup>3bis</sup>. Fürsorgerische Unterbringung*

**§ 17<sup>bis</sup> (neu)**

**Zuständiges Departement**

<sup>1</sup> Das Departement Gesundheit und Soziales ist gemäss § 46 Abs. 3 EG ZGB zuständig.

**4.**

Der Erlass SAR [253.371](#) (Verordnung über die Organisation des Jugendheims Aarburg vom 21. Januar 2004) (Stand 1. März 2017) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau, gestützt auf § 16 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO) vom 16. März 2010 <sup>1)</sup>, § 18 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (EG JStPO) vom 16. März 2010 <sup>2)</sup>, § 63 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>3)</sup> und § 50 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007 <sup>4)</sup>, beschliesst:

**5.**

Der Erlass SAR [295.211](#) (Beurkundungs- und Beglaubigungsverordnung [BeurV] vom 4. Juli 2012) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**§ 14 Abs. 1**

<sup>1)</sup> Der schriftliche Prüfungsteil umfasst zwei Klausurarbeiten von je vier Stunden und vier Klausurarbeiten von je zwei Stunden namentlich aus folgenden Rechtsgebieten:

- a) **(geändert)** Sachen- und Grundbuchrecht mit Neben- und Ausführungsverordnungen, namentlich BewG <sup>5)</sup>, BGBB <sup>6)</sup>, EG ZGB <sup>7)</sup>,

---

<sup>1)</sup> SAR [251.200](#)

<sup>2)</sup> SAR [251.300](#)

<sup>3)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>4)</sup> SAR [271.200](#)

<sup>5)</sup> Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983, SR [211.412.41](#)

<sup>6)</sup> Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR [211.412.11](#)

<sup>7)</sup> Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 27. Juni 2017, SAR [210.300](#)

**§ 15 Abs. 3**

<sup>3</sup> Er dauert in der Regel zwei Stunden und umfasst namentlich folgende Rechtsgebiete:

- a) **(geändert)** Sachen- und Grundbuchrecht mit Neben- und Ausführungserlassen, namentlich BewG, BGBB, EG ZGB,
- c) **(geändert)** Obligationenrecht mit Neben- und Ausführungserlassen, namentlich FusG, HRegV,

**6.**

Der Erlass SAR [301.513](#) (Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über Voraussetzungen und Verfahren bei Sterilisationen [V SterG] vom 11. Mai 2005) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**§ 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Für die gerichtliche Beurteilung des Entscheides der Erwachsenenschutzbehörde (Art. 9 Sterilisationsgesetz) ist das Obergericht (Zivilgericht) gemäss § 41 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>1)</sup> zuständig.

**7.**

Der Erlass SAR [311.121](#) (Verordnung über die Berufe, Organisationen und Betriebe im Gesundheitswesen [VBOB] vom 11. November 2009) (Stand 1. Mai 2017) wird wie folgt geändert:

**§ 61 Abs. 1**

<sup>1</sup> Zuständige Behörden gemäss § 21 Abs. 3 GesG sind für

- a) **(geändert)** den Schutz des Kindeswohls die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Abklärungsstellen gemäss § 32 Abs. 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>2)</sup>, die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt oder die Kinderschutzgruppen an den Kantonsspitalern Aarau und Baden,
- b) **(geändert)** den Erwachsenenschutz die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Abklärungsstellen gemäss § 32 Abs. 2 und 3 EG ZGB oder die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt,

---

<sup>1)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>2)</sup> SAR [210.300](#)

**8.**

Der Erlass SAR [393.111](#) (Verordnung über den Vollzug der eidgenössischen Tierschutzgesetzgebung vom 7. Juni 1982) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 36 des eidgenössischen Tierschutzgesetzes vom 9. März 1978 <sup>1)</sup>, § 79 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>2)</sup> und § 2 des kantonalen Dekrets über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 <sup>3)</sup>, beschliesst:

**9.**

Der Erlass SAR [428.511](#) (Verordnung über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen [Betreuungsverordnung] vom 8. November 2006) (Stand 1. August 2017) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 3, 8 Abs. 3, 10 Abs. 2, 11 Abs. 1, 13, 17 Abs. 2, 19 Abs. 5, 21 Abs. 2, 23 Abs. 2, 25 Abs. 1, 2 und 4, 27 Abs. 1 und 2, 29 Abs. 4 und 33 Abs. 2 des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006 <sup>4)</sup>, § 18 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>5)</sup>, § 91 des Schulgesetzes vom 17. März 1981 <sup>6)</sup>, § 3 des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung (EG AHVG/IVG) vom 15. März 1994 <sup>7)</sup> sowie § 2 des Dekrets über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 <sup>8)</sup>,

beschliesst:

---

<sup>1)</sup> AS 1981 562; aufgehoben (AS 2008 2965)

<sup>2)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>3)</sup> SAR [661.110](#)

<sup>4)</sup> SAR [428.500](#)

<sup>5)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>6)</sup> SAR [401.100](#)

<sup>7)</sup> SAR [831.100](#)

<sup>8)</sup> SAR [661.110](#)

**§ 10 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Das Departement Bildung, Kultur und Sport ist das zuständige Departement gemäss Betreuungsgesetz sowie die zuständige Behörde für die Einrichtungen der Heimpflege gemäss § 18 Abs. 1 lit. a EG ZGB.

**10.**

Der Erlass SAR [651.271](#) (Verordnung über das Nachlassinventar vom 22. November 2000) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 276 Abs. 2 des Steuergesetzes (StG) vom 15. Dezember 1998 <sup>1)</sup> und § 69 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>2)</sup>,

beschliesst:

**11.**

Der Erlass SAR [721.115](#) (Kantonale Grundbuchverordnung [KGBV] vom 18. März 2009) (Stand 1. Oktober 2015) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 85 und 87 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>3)</sup> und § 7 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007 <sup>4)</sup>,

beschliesst:

---

<sup>1)</sup> SAR [651.100](#)

<sup>2)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>3)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>4)</sup> SAR [271.200](#)

**12.**

Der Erlass SAR [730.111](#) (Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Enteignung vom 18. Dezember 1931) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

**§ 1 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> Zur Beurteilung von Forderungen auf Ersatz des Schadens, der entsteht:

*Aufzählung unverändert.*

ist die Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise der Bezirksgerichtspräsident, in deren beziehungsweise dessen Bezirk sich die geschädigte Sache oder bei Grenzgrundstücken der überwiegende Teil des vom Schaden betroffenen Abschnittes derselben befindet, als Einzelrichter beziehungsweise Einzelrichterin zuständig.

<sup>2</sup> Die Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise der Bezirksgerichtspräsident ist befugt, die Bezirksgerichtsschreiberin beziehungsweise den Bezirksgerichtsschreiber zur Protokollführung beizuziehen.

**13.**

Der Erlass SAR [959.111](#) (Verordnung über Lotterien und gewerbsmässige Wetten [Lotterieverordnung] vom 27. September 1976) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 <sup>1)</sup> und § 1b Abs. 2 des Gesetzes über Lotterien und Glücksspiele vom 8. Mai 1838 <sup>2)</sup>,

beschliesst:

---

<sup>1)</sup> [SR 935.51](#)

<sup>2)</sup> [SAR 959.100](#)

**14.**

Der Erlass SAR [963.372](#) (Normalarbeitsvertrag über das Arbeitsverhältnis in der Landwirtschaft vom 24. November 2004) (Stand 1. Januar 2007) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau, gestützt auf Art. 359 des Schweizerischen Obligationenrechts vom 30. März 1911 <sup>1)</sup> sowie § 94 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>2)</sup>, erlässt folgenden Normalarbeitsvertrag:

**15.**

Der Erlass SAR [963.374](#) (Normalarbeitsvertrag für Hauspersonal vom 19. November 2008) (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

**Ingress (geändert)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau, gestützt auf Art. 359 des Schweizerischen Obligationenrechts (OR) vom 30. März 1911 <sup>3)</sup> und § 94 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) vom 27. Juni 2017 <sup>4)</sup>, erlässt folgenden Normalarbeitsvertrag:

**III.****1.**

Der Erlass SAR [210.121](#) (Verordnung über die Adoption [Adoptionsverordnung, AdV] vom 3. September 2003) wird aufgehoben.

**2.**

Der Erlass SAR [210.152](#) (Verordnung zum Bundesgesetz über das Miteigentum und das Stockwerkeigentum vom 10. Februar 1966) wird aufgehoben.

---

<sup>1)</sup> SR [220](#)

<sup>2)</sup> SAR [210.300](#)

<sup>3)</sup> SR [220](#)

<sup>4)</sup> SAR [210.300](#)

**3.**

Der Erlass SAR [210.155](#) (Verordnung über die Pfandleihe [PfandleiheVO] vom 19. November 2008) wird aufgehoben.

**4.**

Der Erlass SAR [210.183](#) (Kantonale Zivilstandsverordnung [KZStV] vom 23. Februar 2005) wird aufgehoben.

**5.**

Der Erlass SAR [210.223](#) (Vollziehungsverordnung zum Miet- und Pacht-recht des Bundes [VVMP] vom 27. Juni 2012) wird aufgehoben.

**6.**

Der Erlass SAR [210.225](#) (Vollziehungsverordnung zur Bundesgesetzge-bung über die berufsmässige Vermittlung von Personen aus dem Ausland oder ins Ausland zu Ehe oder fester Partnerschaft vom 12. November 2003) wird aufgehoben.

**7.**

Der Erlass SAR [210.251](#) (Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetz-zes über die Revision der Titel 24–33 des Obligationenrechts vom 23. Juli 1937) wird aufgehoben.

**IV.**

Die Änderungen unter Ziff. II. sowie die Aufhebungen unter Ziff. III. tre-ten unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bund am 1. Januar 2018 in Kraft.

Aarau, 27. September 2017

Regierungsrat Aargau

Landammann  
ATTIGER

Staatsschreiberin  
TRIVIGNO

*Vom Bund genehmigt am: 7. Dezember 2017*